

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale bringen Reformvorschläge zur Pauschalbesteuerung
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, Mobile 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	21. August 2010

Grünliberale bringen Reformvorschläge zur Pauschalbesteuerung

Die Grünliberalen Schweiz haben an ihrer Delegiertenversammlung in Zug zwei Reformvorschläge zur Pauschalbesteuerung diskutiert. Die Reformen sollen die Ungleichbehandlung reduzieren aber die Standortattraktivität der Schweiz für sehr hohe Einkommen erhalten. Zudem erfahren die Delegierten über die Herausforderungen eines Unternehmens, das seine Herstellungsprozesse dem Cradle-to-Cradle (der Produktion in geschlossenen Stoffkreisläufen) verschrieben hat. Der Parteipräsident sowie der Gesamtvorstand der glp Schweiz werden in einer Gesamterneuerungswahl in ihren Ämtern bestätigt. Markus Stadler, der glp Ständerat aus Uri, nutzt die Mitgliederversammlung um sich als neues Mitglied den Delegierten vorzustellen.

Nach einer offiziellen Grussbotschaft des Zuger Stadtpräsidenten Dolfi Müller (SP), nutzt der Ständerat Markus Stadler die Gelegenheit, um sich mit einem kurzen Blick in die Vergangenheit vorzustellen und den Delegierten aufzuzeigen, wieso er davon überzeugt ist, dass sein Beitritt zur Partei Vorteile sowohl für die glp wie auch für ihn als Ständerat bringe.

Den Delegierten der glp Schweiz wurden an der Versammlung in Burgbachsaal in Zug zwei Reformvorschläge zur gerade in der Innerschweiz heftig diskutierten Pauschalbesteuerung vorgeschlagen. Ziele der beiden Vorschläge ist es, die Pauschalbesteuerung grundsätzlich als Instrument der Standortförderung zu erhalten. Jedoch im Resultat die Ungleichbehandlung zu reduzieren und damit die ethischen Bedenken der Kritiker zu würdigen.

Der zuerst präsentierte Reformvorschlag sieht vor, die Steuerbasis zu verdoppeln. Diese Erhöhung der Berechnungsbasis führt dank einer Steuerprogression zu überproportional höheren Einnahmen. Zudem soll bei dieser Variante das Einkommen auf Bundesebene ordentlich versteuert werden. Für diese Reform spricht die Reduktion der Ungleichbehandlung, der Erhalt der kantonalen Steuerautonomie wie auch die Standortattraktivität der Schweiz für ganz hohe Einkommen.

Der zweite Reformvorschlag sieht vor die Steuerbasis mittels eines periodischen Auktionsverfahrens zu ermitteln. Eine maximale Anzahl pauschalbesteuerten Personen ist dazu zu bestimmen. Interessierte können eine Steuerbasis bieten. Die höchsten Gebote werden akzeptiert. Die entsprechenden Personen werden gemäss der gebotenen Steuerbasis auf Bundes- und Kantonsebene mit den ordentlichen Sätzen besteuert. Ein Verhandeln um die Steuerbasis, wie es aktuell teilweise geschieht, ist mit diesem Verfahren ausgeschlossen. Die Verknappung des Angebots, welches unweigerlich zu weniger Pauschalbesteuerten, einer Erhöhung des Steuerertrags und damit eine Reduktion der Ungleichbehandlung im Resultat zur Folge hat, sind starke Argumente, die für diesen Reformvorschlag sprechen.

Die von einer internen Arbeitsgruppe erarbeiteten Ideen wurden von den nationalen Delegierten kritisch aufgenommen. In einer kontrovers geführten Diskussion stellte sich die Frage, ob das Prinzip der Pauschalbesteuerung, insbesondere weil es dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit widerspreche, abzuschaffen sei. In einer konsultativen Abstimmung zu Handen des nationalen Vorstandes befinden die Grünliberalen, dass grundsätzlich an der Pauschalbesteuerung festzuhalten und nur der moderate Reformvorschlag „Verdoppelung“ weiterzuverfolgen sei.

Der Gastreferent Michel Wilhelm, Geschäftsleitungsmitglied der Schweizer Firma Giroflex, erläuterte am Beispiel seiner Unternehmung und eines Produktes eindrücklich, welchen Herausforderungen sich eine innovative Unternehmung stellt, wenn sie sich bei der Entwicklung ihrer Produkte auf das Cradle-to-Cradle-Prinzip (C2C) basiert. Mit der Gestaltung von Herstellungsprozessen nach dem C2C-Prinzip verfolgt eine Unternehmung die Absicht, Produkte derart zu gestalten, dass sie am Ende ihres Einsatzes entweder als biologische Nährstoffe in biologische Kreisläufe zurückgeführt werden können

oder als „technische Nährstoffe“ kontinuierlich in technischen Kreisläufen gehalten werden. „Unternehmen, die ihre Herstellung in geschlossenen Kreisläufen produzieren, leisten einen echten Beitrag zur Beseitigung unserer heutigen Wegwerf-Mentalität“ würdigt Martin Bäumle, Nationalrat und Parteipräsident, anerkennend.

Desweiteren bestätigten die Delegierten Martin Bäumle und seine 22 Kollegen im Vorstand der glp Schweiz mit einem einstimmigen Glanzresultat in ihren Ämtern. Vorstandsmitglieder der glp Schweiz sind: Daniel Schambron (AG), Ruth Jo. Meier (AG) - neu, Martial Berset (BE), Michael Köppli (BE), Jürg Moor (BE), Dieter Werthemann (BS), Fabienne Etter (FR), Simon Casutt (GR), Dorothea Riedi Hunold (LU), Markus Flury (SO), Patricia Künzle (SG), Jürg Wiesli (TG) – neu, Christine Renaudin (VD), Franz Stadler (ZG), Ann-Catherine Nabholz (ZH), Denise Wahlen (ZH), Michael Zeugin (ZH) und Martin Bäumle (ZH) als Parteipräsident.